



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 81834 - 33
Fernschreiber 0886890

F/XIII/125 - 7. Juni 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Grave Theorie vom grünen Tisch Die Atomunrüstungs-Strategie des Führungstabchefs	107
3 - 4	England zur de Gaulle-Regierung Befürchtungen um die parlamentarische Demokratie	67
5 - 6	Werskiri der kleinen Parteien? Zerfallserscheinungen beim LHE	69
7	Flucht in die Passivität Zu Brentanos Gesprächen in Washington	46

* * * * *
* * *

Graue Theorie vom grünen Tisch

EE. - Das Regierungsarsenal der Gründe für die angeblich unabweisbar notwendige Bewaffnung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen - so etwa: Allgemeine "Fortentwicklung" der Artillerie, Angleichung an die modernste Waffentechnik, "Gleichwertigkeit" der westdeutschen Truppen usw. - ist durch eine strategische Komponente vergrößert worden, die zuerst in etwas vagen Umrissen von Bundesverteidigungsminister Strauß in einem seiner üblichen Kraft-durch-Stärke-Interviews, diesmal mit einer Münchener Illustrierten, angedeutet worden war. Der Chef des Bundeswehr-Führungsstabes, Luftwaffen-Brigadegeneral Werner Panitzki, hat diese vagen Umrisse mit kräftigen Pinselstrichen nachgezogen, so daß die zweifellos gewagte Konstruktion vom grünen Generalstabstisch in der Bonner Ermelkeikaserne ganz klar erkennbar geworden ist.

Panitzki, zunächst Stabschef des Luftwaffen-Inspektors Generalleutnant Kamphauser und dann, nicht zuletzt wegen grundsätzlicher Differenzen in der Frage Raketen (Panitzki) oder benannte Flugzeuge (Kamphauser), zum Stabschef des Generals Heusinger emporgelobt, geht von der Annahme aus, daß das nukleare Gleichgewicht näher rückt. Amerikanische Spitzenexperten vertreten zwar schon seit geraumer Zeit den Standpunkt, daß dieses nukleare Gleichgewicht längst unzweifelbarer Tatbestand ist, aber das sind schließlich nur Muscosen. Auch Panitzki ist der Ansicht, daß dieses Gleichgewicht einen globalen Atomkrieg zwischen den USA und der UdSSR immer unwahrscheinlicher macht, weil sich beide Mächte völlig klar darüber sind, daß ein solcher großer Krieg für beide Seiten den Tod bedeutet. Bis hierher wiederholt Panitzki Binsenwahrheiten, aus denen er folgert, daß dadurch die Gefahr lokaler Kriege oder Übergriffe größer geworden ist, für die der "potentielle Gegner" der NATO-Strategen, also die Sowjetunion, in irgendeiner Weise, direkt oder indirekt, die Verantwortung trägt. Auch diese Konsequenz ist nicht neu, sondern, beispielsweise von dem amerikanischen Militärexperten Prof. Henry A. Kissinger oder von dem britischen Militärschriftsteller Captain E.K. Liddell Hart, in aller Breite und Ausführlichkeit vorgetragen worden. Von hier ab trennen sich aber die Wege; die Konsequenzen, die Panitzki zieht, dürften bundeswehrführungsstab-originär sein.

Heusingers Stabschef erklärte: "Wenn mit taktischen Atomwaffen auf einen feindlichen Angriff geantwortet wird, dann ist die Ausweitung des Konflikts in einen großen Krieg unausweichlich". Das heißt aber für Panitzki nicht etwa den Verzicht auf die Anwendung taktischer Atomwaffen, sondern genau das Gegenteil, also, in Übereinstimmung zu der im Augenblick noch gültigen offiziellen NATO-These, den sofortigen Atomgegenschlag gegen jeden, auch nur lokalen Angriff. Die Gedankenkette Panitzkis sieht so aus: Die Sowjets haben wie die Amerikaner begriffliche und berechnete Angst vor einem großen Krieg als dem unausweichbaren gegenseitigen Selbstmord; wir, die NATO, antworten auf jeden Angriff auch lokaler Art sofort mit taktischen Atomwaffen, deren Anwendung in einem "zwangsläufigen Funktion" (so Panitzki) zur Anwendung der großen Atomwaffen, also zur Ausweitung in einen großen Krieg führen muß; da die Sowjets aber den großen Krieg fürchten, werden sie auch jeden kleinen Krieg unterlassen, weil sie wissen, daß die NATO auf ihn sofort mit taktischen Atomwaffen antwortet, deren Anwendung zwangsläufig in den großen Krieg mündet.

Diese Panitzki-Strategie ist ein Musterbeispiel von Theorie-perfektionistischer Schreibtischarbeit. Der General liefert zudem selbst die Gegenargumente. Er hält den großen Krieg, angesichts des nuklearen Gleichgewichts, für immer unwahrscheinlicher. Die permanente Todesandrohung der großen Waffen bleibt also zwar, bis zu einer allgemeinen Totalabrüstung, weiter bestehen, aber die Anwendung dieser Waffen ist unglaubwürdig geworden. Mit dieser Unglaubwürdigkeit bricht jedoch auch die Panitzki-Strategie in sich zusammen, denn damit wird auch die von dem General als "zwangsläufiges Junktim" behauptete Ausweitung der Anwendung der taktischen Waffen in die strategischen, also großen Atomwaffen doch gleichfalls unglaubwürdig. Und damit löst sich das strategische Argument für die Atomrüstung der Bundeswehr in Nebel auf. Wie wenig dieses Argument auch ohne die gewagte Junktim-Konstruktion zieht, das möge der Bundeswehr-Führungsstabschef bei Liddell Hart nachlesen, der die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen aus allen in Betracht zu ziehenden Gründen kühl für sinnlos erklärt hat.

Panitzki hat die Durchlöcherung seines Planspiels mit der Erklärung aufzuhalten versucht, daß man dann eben die Absicht der Anwendung der großen Atomwaffen "glaubhaft" machen müßte. Diese Flucht in die Vorwärtstheorie macht die Sache keineswegs besser, sie läßt sogar die überrisikante Gefährlichkeit der ganzen Junktim-Strategie noch deutlicher werden. Man kommt auch aus dieser Sackgasse des Weltkriegs-II-Denkens nicht heraus, wenn man, wie Panitzki, die Garantie der Amerikaner beschwört und erklärt, daß wir in einer "hoffnungslosen Lage" seien, wenn Washington nicht bei seinen Worte bleibe, jeden Angriff etwa auf Berlin mit dem Abschluß aller Waffen beantworten zu wollen. Und schließlich wird die Gedankenblase dieser Strategie in geradezu peinlicher Weise erkennbar, wenn der General als eine Art Notventil in den auch sonst als automatisch bezeichneter Ablauf des Junktims den Begriff des "kurzfristigen Widerstehens" als einen theoretischen Erfolg des Einsatzes taktischer Atomwaffen einbaut, dessen Pauser-Existenz die politische Führung auszunutzen hätte. Die Vorstellung, daß mitten in das Chaos eines Trommelfeuers mit taktischen Atomwaffen hinein "Das Ganze halt!" für eine Verhandlungspause geblasen würde, ist wahrlich von überwältigender Realistikk!

Der Luftwaffen-Brigadegeneral Werner Panitzki hat sich aber, sozusagen zur Abrundung, noch ein letztes Argument für die, wie er meint, unwiderlegbare Notwendigkeit der Atomrüstung der Bundeswehr ausgedacht. Er konstruiert einen Ernstfall, in dem auf dem mitteleuropäischen Schlachtfeld in der Mitte die bundesdeutschen Divisionen und links und rechts die NATO-Partner-Streitkräfte, also etwa die Briten, die Amerikaner und vielleicht auch noch die Franzosen liegen. Der "potentielle Aggressor" greift an und die NATO-Partner schießen sofort mit taktischen Atomwaffen. Nur die Bundeswehr nicht, denn sie besitzt diese modernsten Waffen nicht, sondern nur, so sagte der General, "Armbrüste". Dies erkennt der "potentielle Aggressor" als die ersehnte weiche Stelle und bricht sofort ein. Darauf schießen die NATO-Partner, um die gefährliche Lücke abzuriegeln, mit ihren taktischen Atomwaffen auf diese Einbruchsstelle.

Soweit der General. Weiter zu denken war, daß sich in dieser Lücke neben den eingebrochenen Sowjets natürlich auch noch die Bundeswehrsoldaten befinden, die, wenn die NATO-Partner so, wie Panitzki meint, verführen, von den NATO-Partner-Atomwaffen also mit in die Luft geblasen würden. Ergo, so muß der Schluß aus dem Generals-Argument lauten, bleibt oben nur die Atomrüstung der Bundeswehr.

Es ist zuzugeben, daß wir uns einen "überzeugenderen" Grund für diese Atomrüstung tatsächlich nicht vorstellen können. Die Methode Holzhammer hat ihren Meister gefunden: Generalstabsarbeit modernster Stils sozusagen in Fortentwicklung der konventionellen Artillerie.

England zur de Gaulle-Regierung

B.A., London

Fast drei Wochen lang starrte ganz England wie hypnotisiert nach Frankreich, sah mit geteilten Sympathien die Entwicklungen in Algerien, Korsika und Paris, die den demokratischen Parlamentarismus des Westens in einer seiner Grundfesten erschütterten. Erst nachdem de Gaulle als Regierungschef installiert und sein Sechsmonatprogramm mitgeteilt worden war, löste sich die Starrheit. Die Rechte, die mit schlecht verhehlter Sympathie die algerische Militärrevolte und de Gaulles Manövrieren um die Macht entschuldigt hatte, weinte einige Krokodilstränen am Grabe der Vierten Republik und tröstete sich damit, dass nun der Weg zu einer Gesundung der französischen Politik geöffnet sei. In den Regierungskreisen biss man die Lippen zusammen, äusserte kaum einen Seufzer zu den Befürchtungen, die man auf Grund alter Erfahrungen mit dem widerspenstigen General hegen musste und hat auch bis heute noch keine Äusserung entschlüpfen lassen, aus der man eine Stellungnahme entnehmen könnte. Natürlich kann man sich nichts Gutes von de Gaulle versprechen, der - wenn er auf NATO-Probleme Bezug nahm - sich bitter über die anglo-amerikanische Hegemonie des westlichen Bündnissystems beklagt hatte.

Geradezu beängstigend für die britischen Demokraten aber musste es wirken, wenn "Daily Mail", "Daily Telegraph" und verschiedene konservative Politiker wie Sir Robert Boothby die Rolle de Gaulles in der französischen Regierungskrise in Parallele zu der Regierungsübernahme Lloyd Georges im Jahre 1916 und zu derjenigen Churchills im Jahre 1940 setzten. Lloyd George und Churchill waren in verzweifelter Situationen durch den Volkswillen, der in Parlamentsentscheidungen bestätigt wurde, in die Macht getragen worden. De Gaulle aber verdankt seine Rückkehr zur Macht den rebellierenden Generalen und Siedlern in Nordafrika, die mit der Drohung des Bürgerkrieges die schwächlichen Fraktionen der französischen Volkvertretung zur Kapitulation zwangen. Umso erfreulicher musste es für den englischen Zeitungsleser wirken, dass von der "Times" angefangen über "Observer", "Economist" bis zum "Daily Herald" und "Mirror" der

verfassungswidrige Charakter der Pariser Entwicklung voll zum Ausdruck gekommen ist.

Allerdings sehen nur die Sozialisten und wenige Liberale die volle Bedeutung der französischen Vorgänge für den westlichen Parlamentarismus. Auch in England gibt es Apathie der Wähler, Verdross gegen die grossen Parteien, Unzufriedenheit mit den Berufspolitikern aller Schattierungen, jene Schwächesymptome einer Demokratie, die dem politischen Willen des Volkes in ungenügender Weise entspricht. Die Schockwirkung, die von den Pariser Ereignissen ausgeht, wurde insofern von englischen Linken als heilsam empfunden.

Es mag bezeichnend sein, dass der ehemalige Leiter des britischen Foreign Office, Sir Ivone Kirkpatrick, in einem Artikel, der sich mit dem Rätsel de Gaulle beschäftigt, die Frage aufwirft, ob die intransigenten Methoden des Generals die Wirkung haben werden, die nicht sehr soliden Grundlagen des westlichen Systems, der NATO und der europäischen Zusammenarbeit zu erschüttern. Zwar tröstet er sich damit, dass de Gaulle nicht absichtlich die NATO und das Gebäude der europäischen Integration verlassen möchte. Es gäbe keinen Beweis dafür, dass er Zutrauen oder Hinneigung zum Kreml hege oder gar ein Sondergeschäft hinter dem Rücken seiner Alliierten mit der Sowjetunion machen wolle. Aber zur gleichen Zeit sei er nicht starr in seinen Konzeptionen. Wahrscheinlich werde er Verhandlungen mit Russland ungeachtet des einzugehenden Risikos verlangen. Am Konferenztisch werde er wahrscheinlich abenteuerlicher als seine westlichen Partner sein, und somit, ohne es zu wollen, Frankreich von den Alliierten trennen.

Diese Überlegungen zeigen, dass die Machtergreifung de Gaulles auch eine gesunde Schockwirkung auf die westliche Diplomatie ausüben könnte. Denn was Kirkpatrick die "Maginot-Gesinnung" nennt, nämlich das starre Verharren auf einer vorkonstruierten Verteidigungslinie, hat ja wohl gerade die westliche Diplomatie unter Dulles' Führung gekennzeichnet. In London, Washington und Bonn wird man manövriertfähiger werden müssen, wenn man sich nicht von Alleingängen des widerspenstigen Generals überraschen lassen will.

Harakiri der kleinen Parteien ?

W.P. Seit Jahren ist bei allen Wahlen eine wachsende Konzentration der Wählerstimmen auf grosse Parteien zu beobachten. Die Gesamtstimmenzahl der kleinen Parteien nahm bei der letzten Bundestagswahl weiter ab. Für jede von ihnen stellt sich daher die Frage nach einer Entscheidung zwischen der unvermeidlich bevorstehenden Selbstauflösung oder einer Kräftekonzentration durch Zusammenschluss mit anderen Gruppen in ähnlicher Lage. Wenn eine Partei einmal aus dem Bundestag ausgeschieden ist, so rückt die Möglichkeit näher, dass sie eines Tages auch aus den Landtagen verschwindet; und mit dem Absinken auf die regionale und kommunale Ebene nimmt ihre politische Bedeutung dann weiter ab. Der Bundesparteitag des Gesamtdeutschen Blocks BHE in Bad Hersfeld war weitgehend von Befürchtungen der Art bestimmt, die Partei werde ohne Bündnispartner Bastion auf Bastion verlieren und immer mehr zur politischen Bedeutungslosigkeit herabsinken.

Aber hier handelt es sich nicht um ein Einzelproblem. Letzten Endes geht es darum, ob angesichts des Trends zum Zweiparteiensystem die Voraussetzungen für eine politische Alternative zu den beiden grossen Parteien gegeben sind. Bisher ist ausser bei den Freien Demokraten nichts zu erkennen gewesen, was auf eine solche Entwicklung schliessen liesse. Die Deutsche Partei, die nur mit Hilfe der CDU ihre bundespolitische Position behaupten konnte, ist zum Satelliten der CDU degradiert, für die sie in Bund und Ländern allerdings eine geschätzte Stütze darstellt. Sie assimilierte in den letzten Jahren zahlreiche Kräfte aus der FDP und dem GB/BHE, soweit diese politisch der Kanzlerpolitik nahestanden. Eines Tages aber wird sie vermutlich in der CDU aufgehen. Wenigstens dann, wenn ihre Rolle als Katalysator für die CDU ausgespielt ist und sie sich der Anziehungskraft der CDU nicht noch rechtzeitig zu entziehen vermag.

Dieser Zeitpunkt aber scheint, wie die neuerlichen Beziehungen von BHE-Kreisen zur DP in Nordrhein-Westfalen zeigen, noch nicht gekommen zu sein. Dort ist ein Wahlbündnis zustande gekommen, das von den BHE-Kandidaten den Eintritt in die LP verlangt, um dafür auf der DP-Landesliste nominiert zu werden. Da aber die DP selbst nur mit Hilfe

7. Juni 1958

von schätzungsweise 150 000 CDU-Stimmen Chancen besitzt, über die 5%-Klausel des Wahlgesetzes zu springen, besteht ihre Rolle praktisch darin, der CDU gegebenenfalls als Partner gegen eine SPD-FDP-Front in Düsseldorf zur Verfügung zu stehen. Dafür mögen Wahlgelder von interessierter Seite ausreichend zur Verfügung gestellt worden sein und möglicherweise die Entscheidung des BHE beeinflusst haben; gleichzeitig bedeutet diese Entscheidung aber das Ende einer eigenständigen Politik des BHE in diesem Lande; eine Befürchtung, die von den BHE-Spitzen in Bad Hersfeld offensichtlich geteilt wurde. Man hielt dort mit dem Bedauern über die Entscheidung in Nordrhein-Westfalen nicht zurück.

Allerdings - so muss hinzugefügt werden - hatte dies Bedauern wohl vornehmlich taktische Gründe, denn man hatte sich von dem früher geplanten Abkommen mit den Freien Demokraten grössere Möglichkeiten versprochen. Im Sinne einer Konzentration der Kräfte zur Selbstbehauptung, der Entwicklung einer selbständigen Position auf Dauer hat jedenfalls der BHE-Parteitag nichts wesentliches erbracht. In der für die Zukunft Deutschlands so entscheidenden Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ging ein Riss durch die Reihen der Delegierten. Es zeigte sich, dass die Mehrheit von Vorstellungen geleitet wird, die der gegenwärtigen offiziellen Aufrüstungspolitik nahe stehen, so dass es dem potentiellen BHE-Wähler, der dieser Politik zustimmt, leicht gemacht ist, statt Unwege zu wählen, sich gleich für Adenauer zu entscheiden.

Bei der letzten Bundestagswahl stimmten 7,7 % für die FDP, 4,6 % für den GB/BHE und 3,4 % für die DP. Insgesamt bildeten also 15,4 % einen Block zwischen den grossen Parteien, der etwa 60 Abgeordnete in den Bundestag entsenden würde. Gelänge es ihnen, eine politische Position zu besetzen, die stark genug ist, der Anziehungskraft der grossen Parteien zu widerstehen, könnten diese Parteien sich, vielleicht in anderer Form, zweifellos auch in Zukunft behaupten. Es geht hier jedoch nicht um eine Frage der arithmetischen Berechnung, sondern der strategisch-politischen Entscheidung. Dafür scheinen die Voraussetzungen gegenwärtig noch nicht gegeben zu sein; weder bei der DP noch beim Gesamtdeutschen Block/BHE. Wenn diese Parteien nicht Karakiri begehen wollen, werden sie eines Tages zusammenfinden und auf jegliche Opportunitätspolitik verzichten müssen.

Flucht in die Passivität

sp - Die deutsche Öffentlichkeit war peinlich berührt, als sie aus der Zeitschrift "Newsweek" die Klage des amerikanischen Aussenministers Dulles erfuhr, er könne kaum bei einer Gipfelkonferenz auf die Wiedervereinigung Deutschlands drängen, wenn die Deutschen selbst "sich lauwarm verhalten". Diese unfreundliche, aber gewiss nicht unzutreffende Bemerkung des Leiters der amerikanischen Aussenpolitik kam einem vernichtenden Urteil über den Wiedervereinigungswillen des Bundeskanzlers Adenauer und seines Aussenministers gleich, mit denen Dulles in den vergangenen Jahren auf den verschiedensten Konferenzen so oft zusammengekommen ist und deren Ansichten er aus unmittelbarer Quelle erfahren konnte. Dulles' Urteil über die Bonner Wiedervereinigungspolitik mag auch aus Gründen der Selbstverteidigung gefällt worden sein; er wollte damit vielleicht jenen Kritikern begegnen, von Kennan angefangen bis zu massgebenden Senatoren beider grossen amerikanischen Parteien, die auf eine Änderung der bisherigen sterilen Deutschlandpolitik drängen. Diese Deutschlandpolitik des State Departement begegnet wachsendem Misstrauen, denn sie vermag auf lange Sicht gesehen die auch von vielen Amerikanern gewünschte Verständigung mit der Sowjetunion zu blockieren.

Die Washingtoner Gespräche des Bonner Aussenministers haben gewiss nicht dazu beigetragen, die politische Führung der USA bei der kommenden Gipfelkonferenz in der Deutschlandfrage mit neuen Initiativen in Erscheinung treten zu lassen. Als eine grosse Genugtuung wird in Bonn die Zusage von Dulles empfunden, die Deutschlandfrage nicht von einer Diskussion auf den bevorstehenden Ost-West-Verhandlungen auszuschliessen, wie auch die Feststellung, zwischen Bonn und Washington gebe es keinen Meinungsunterschied in der Behandlung dieser Frage. Hier wird nun doppelt wichtig, was Dulles dazu vor dem aussenpolitischen Ausschuss des Senats sagte: Eine Wiedervereinigung Deutschlands um den Preis der Loslösung der Bundesrepublik von der NATO käme nicht in Frage, da sich daraus eine sehr gefährliche Lage nicht nur für den Westen, sondern auch für die Sowjetunion und für die Deutschen selbst ergeben würde. Ein wiedervereinigtes Deutschland müsse, meinte Dulles, der NATO angehören - das ist aber genau der Punkt, an dem alle Deutschland-Verhandlungen mit der Sowjetunion seit vielen Jahren scheiterten und das ist genau der Weg, der die Tore zur Wiedervereinigung zugeschlossen hält.

Dulles legte Wert auf die Feststellung, dass diese Auffassung, was die NATO-Zugehörigkeit eines wiedervereinigten Deutschland betrifft, vom deutschen Bundeskanzler vertreten werde und er sich nur zu seinem Sprecher gemacht habe. So schliesst sich wiederum der Kreis. Die CDU-Propagandisten werden sich nun bemühen, die Washingtoner Begegnung zwischen Dulles und Brentano als Beweis für den Bonner Wiedervereinigungswillen hinzustellen, in der Sache jedoch, eben weil man auf unfruchtbaren Konzeptionen beharrt, ist durch diese Begegnung nicht ein Millimeter Fortschritt erzielt worden. Es bleibt bei der Passivität. "Newsweek" hat recht behalten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel